

FPÖ: Karlsböck: Wegfall der Quote bei der Zahnmedizin ist ein Skandal der Sonderklasse

Utl.: Die Bundesregierung hat umgehend diesem nicht akzeptablen und als "Kriegserklärung" an unser Gesundheitssystem einzustufenden Verhalten der EU-Kommission entgegenzutreten =

Wien (OTS) - „Ein Skandal der Sonderklasse ist die Aufforderung der EU-Kommission, Österreich müsse die Quote im Bereich der Zahnmedizin abschaffen“, sagte heute der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses und freiheitliche Wissenschaftssprecher Dr. Andreas F. Karlsböck, selbst Zahnarzt mit eigener Praxis. Diese unglaublich anmaßende Forderung der EU finde sich „im Kleingedruckten“ und bedeute nichts anderes als die mutwillige Herbeiführung eines zahnmedizinischen Notstandes, so Karlsböck weiter. „Österreich muss sofort nachverhandeln bzw. darf diese Forderung schlicht und einfach nicht umsetzen“, so Karlsböck weiter.

Mit dieser Maßnahme entstehe in Österreich nämlich eine eklatante gesundheitspolitische Gefahr, denn es sei heute schon in manchen Gebieten ein „Notstand“ in der zahnmedizinischen Versorgung auszumachen. Obwohl es in Österreich bereits einige private Anbieter für das Zahnmedizinstudium gebe, würden nur die allerwenigsten Studenten in Österreich bleiben. „Ganz zu schweigen von der sozialen Komponente: Wenn in den staatlichen Universitäten die Ausbildungsplätze von ausländischen Studenten blockiert sein werden, muss auf die private Einrichtungen zurückgegriffen werden, die man sich aber erst einmal leisten können muss. In Zukunft wird der Zahnarztberuf dann ein Beruf der reichen Elite“, empörte sich Karlsböck.

Die gescheiterte Bundesregierung sei aber offensichtlich so mit sich selbst beschäftigt, dass sie diese kleingedruckte Passage entweder übersehen habe oder sie schlichtweg nicht sehen wollte. „Vom neuen Wissenschaftsminister, aber auch vom neugewählten Parteiobmann, der ja selbst noch der ‚Studentengeneration‘ angehört, hätte ich mir – zumal die Gelegenheit gegeben war – einen medienwirksamen Aufschrei erwartet“, sagte Karlsböck. Das Verschweigen dieser für Österreich katastrophalen Entscheidung aus Brüssel zeige nur, wie hilflos, unwissend und beinahe schon unfähig die Bundesregierung agiere, wenn es um die Interessen Österreichs gehe. „Wir fordern den neuen

Parteiobmann der ÖVP, den Bundeskanzler und den Wissenschaftsminister auf, umgehend diesem nicht akzeptablen und als 'Kriegserklärung' an Österreichs Jugend und Gesundheitssystem einzustufenden Verhalten der EU-Kommission Österreich gegenüber entschlossen entgegenzutreten", betonte Karlsböck.

~

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub
01/ 40 110 - 7012
presse-parlamentsklub@fpoe.at
<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0247 2017-05-17/19:11

171911 Mai 17

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170517_OTS0247